

Scharfe Kritik an Wolfspolitik

Weidetierhalterverbände reagieren auf Plan des Umweltministeriums

VON CHRISTOPHER ZIERMANN



Bad Hersfeld – Scharfe Kritik am neuen hessischen Wolfsmanagementplan haben am Dienstag gleich fünf Weidetierhalterverbände in einer gemeinsamen Erklärung geübt. „Er bringt weder etwas für die konfliktarme Ansiedelung von Wölfen, noch wird er dem Anspruch des Naturschutzes gerecht.“

Die Erklärung ist von Frieder Beyer (Friedewald) für den Bundesverband Berufsschäfer, Burkhard Ernst (Großalmerode) für den Hesischen Verband für Schafzucht- und Haltung, Tim Treis (Morschen) für die Vereinigung Ökologischer Landbau sowie der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft und dem Hessischen Ziegenzuchtverband unterzeichnet. Der Wolfsmanagementplan, den Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) und ihr Staatssekretär Oliver Conz Ende April vorgestellt hatten, sei das Gegenteil von Prävention. Man beschränke sich auf ein Verwalten auftretender Konflikte.

Hinz und Conz haben immer wieder betont, dass ein flächendeckender Grundschutz elementar sei bei dem Bestreben, dass Wölfe sich nicht an Weidetiere als Beute gewöhnen. Während laut Managementplan „zusätzliche Maßnahmen zum Herdenschutz“ dort, wo es bereits Übergriffe auf Nutztiere gegeben hat, mit bis zu 100 Prozent der Kosten gefördert werden, liege der Grundschutz „im Wesentlichen in der Verantwortung der Weidetierhalter“, sagt Ministerin Hinz.

Als Grundschutz gelten in der Regel mindestens 90 Zentimeter hohe Elektrozäune. Als Förderung ohne Vorbedingung werden lediglich 40 Euro pro Hektar gezahlt – die Zäunung ist um ein Vielfaches teurer.

„Eine echte Prävention könnte durch die Umsetzung eines flächendeckendem Grundschutzes für alle Tierarten in Kombination mit konsequenter Vergrämung und Entnahme auffälliger Wölfe erreicht werden“, schreiben die fünf Verbände weiter.

Entnahme ist das behördendeutsche Wort für Abschuss. Das Umweltministerium nehme nun hingegen billigend in Kauf, dass Wölfe sich an Weidetiere als Beute gewöhnen, „um hinterher mit immensem Aufwand wieder eine Einschränkung der Übergriffe zu versuchen“.

Das Thema Abschuss wird bei Wölfen bereits seit langem besonders heftig diskutiert. Die fünf Verbände unterstellen dem Umweltministerium dabei ein „merkwürdiges Rechtsverständnis“. Die Hürden für den Abschuss eines Wolfes würden deutlich höher gelegt, als das im Bundesnaturschutzgesetz vorgesehen sei.

Eine klare bundeseinheitliche Regelung für Abschüsse von Wölfen sollte eigentlich im Frühjahr beschlossen werden – die Umweltministerkonferenz hat das Thema aber vertagt.

Artenschutz müsse alle Arten im Blick haben. Der übermäßige Schutz einzelner Arten wie dem Wolf dürfe nicht dazu führen, dass andere Arten gefährdet werden, so die Verbände weiter.

Drei Viertel der im Offenland lebenden Brutvögel gelten laut der Roten Liste Deutschlands als gefährdet. Ihr Lebensraum sei zum Großteil beweidetes Grünland. „Verschwindet die Weidetierhaltung, verschwinden bald auch Arten wie Kiebitz, Braunkelchen oder Wiedehopf“, sagen die Weidetierhalter. Der große Beitrag der Weidetierhaltung zur Artenvielfalt ist unbestritten und wird auch vom Umweltministerium immer wieder betont.

Das Ministerium ließ eine Anfrage unserer Redaktion zu den Vorwürfen zunächst unbeantwortet.

In Nordhessen sind im laufenden Jahr laut dem Hessischen Wolfszentrum bislang in zwei Fällen DNA-Spuren von Wölfen an getöteten Nutztieren belegt worden – betroffen waren ein Galloway-Kalb in Ludwigsau und vier Schafe in Bad Hersfeld.